

# SENIORENZUKUNFT ?

Mobilität • Wohnen • Gesundheit • Rente

WIE  
GEHT'S  
WEITER?



Foto: Fotolia.de



Fotos: 123RF.com

Seniorenbeiräte  
**ArGe**  
Schleswig-Flensburg

LÄDT ZUR

## PODIUMS-DISKUSSION MIT DER POLITIK

**8. März 2018 • 15 Uhr**

KREISBAHNHOFSHOTEL SÖRUP

**Marktstraße 3 • Sörup**



Foto: W. Barz



Foto: W. Barz

# **Podiumsdiskussion der Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte im Kreis Schleswig-Flensburg am 08. März 2018 um 15 Uhr im Kreisbahnhofs-Hotel in Sörup.**

Um 15 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende der ArGe, Timm Heinrich, die Podiumsdiskussion mit Grußworten an den Bürgermeister von Sörup, Dieter Stoltmann, die anwesenden Vertreter der im Kreis vertretenen politischen Parteien und 59 Bürger des Kreises.

Dieter Stoltmann bedankte sich für die Einladung und berichtete über die anstehenden Probleme im Kreis und in der Kommune. Insbesondere der demografische Wandel beeinflusst Anforderungen und Möglichkeiten. Auf Landesebene wird von einem Bevölkerungsrückgang in Höhe von 1,5 % ausgegangen, wobei die Regionen nördlich des Nord-Ostsee-Kanals besonders stark betroffen sein werden. Der Sozialbericht des Kreises Schleswig-Flensburg aus 2017 spricht sogar von 6,5 % bis 2030. Zu diesem Zeitpunkt werden rund 34 % der hier lebenden Menschen über 60 Jahre alt sein. Schon heute zählen 40 % der Bevölkerung zu den Senioren. Diese Entwicklung bringt Veränderungen der Lebensbedingungen mit sich, auf die Kreis und Kommunen reagieren müssen. Hierbei sind hervorzuheben: Mobilität, tägliche Versorgung, ärztliche Versorgung, bezahlbarer Wohnraum und Altersarmut – Themen der heutigen Podiumsdiskussion.

Timm Heinrich bedankte sich für die Grußworte und betonte, dass der Anteil der Wähler rund 50 % ausmacht, da die Senioren erfahrungsgemäß fast alle zur Wahl gehen, die jüngeren Jahrgänge nicht unbedingt. Ziel der Podiumsdiskussion war, dass die anwesenden Senioren hören, was die Parteien zu den Fraspunkten zu sagen haben. Jeder der teilnehmenden Politiker hatte in der Einführungs-  
runde zwei Minuten Zeit, sich vorzustellen. Folgende Parteien waren vertreten:

<b>CDU</b>	Thomas Jepsen
<b>SPD</b>	Birte Pauls
<b>FDP</b>	Lars Johnsen
<b>Bündnis 90 /Grüne</b>	Peter Wittenhorst
<b>SSW</b>	Christian Andresen
<b>Die Linke</b>	Manfred Küter
<b>Freie Wähler Schl.-Holst.</b>	Ralf Suhr und Klaus Dieter Wagner
<b>Bündnis für Bürger</b>	Hans Werner Jarmer

Nach der Vorstellungsrunde erläuterte Timm Heinrich nochmals das Ziel der Podiumsdiskussion, insbesondere die Stellungnahme der Parteien zu Fragen aus vier Themenblöcken:

- 1) **Mobilität**
- 2) **bezahlbares Wohnen**
- 3) **Gesundheit**
- 4) **Rente / Altersarmut**

## **Block 1, Fragesteller Timm Heinrich:**

### **Mobilität**

**BfB 0:21:08** ....Z.Zt. werden die Linien neu ausgeschrieben. Man könnte auch eine andere Taktung vorsehen. Der ÖPNV im Kreis ist stark auf den Schülerverkehr ausgelegt. An einer Verbesserung des Angebotes müsste gearbeitet werden. Bei Wahl in den Kreistag würde das Thema Mobilität auch behandelt werden.

**Linke 0:23:30** ....Chancengleichheit, nicht nur Ausrichtung am Schülerverkehr. Überprüfung der Haltestellen, evt. Verlegung oder Schleife durch Ort. Menschen mit Behinderung müssen zum Bus kommen können. Das ist ein Teil der Daseinsvorsorge. Auf Bundesebene wird Seniorenticket mit Reduzierung des Preises bzw. kostenlos für bestimmte Menschengruppen angestrebt. Einheitliche Standards in der Ausstattung der Busse z. B. Laufbandanzeige, Wartehäuschen seniorengerecht mit lesbaren Informationen an den Haltestellen.

**SSW 0:27:10** ... Beobachtung, dass die Busse z.T. leer fahren Fahrpläne bedarfsgerecht abstimmen Zur besseren Versorgung der Querachsen Dienste wie Rufbus, Bürgerbus o.Ä. einrichten. ÖPNV soll für alle Bürger da sein und nicht an nur an Schulzeiten ausgerichtet sein. Es kann nicht sein, dass in den Ferien kein Bus fährt. Die Bürger müssen auch vormittags oder nachmittags zu Zentralorten und zurück kommen können.

**SPD 0:30:40** ...Abhängigkeit vom Schülerverkehr geht nicht. Stärkung des ÖPNV insbesondere aber auch die individuelle Mobilität durch Bürgerbusse. Gutes Beispiel ist Ladelund. Kleinere Buseinheiten statt der großen leeren Busse. Hierfür ist das Ehrenamt aber auch politische Unterstützung erforderlich. Es muss größer gedacht werden in Richtung Kommunen übergreifende Quartiersentwicklung.

**CDU 0:33:10** ...ÖPNV ist Aufgabe des Kreises.  $\frac{3}{4}$  des Fahrgastaufkommens sind Schüler. Der Kreis gibt jährlich für 8,5 Mio Fahrplan-Km 15,6 Mio Euro für ÖPNV aus ohne Schülerbeförderung. Mit Bund und Land insgesamt 16,6 Mio. nur für den Kreis Schleswig-Flensburg ohne die 4,5 Mio Euro Fahrgeldeinnahmen. Alle 5 Jahre wird von der CDU zusammen mit den Grünen ein Nahverkehrsplan erstellt. Hierin spielt das Rufbus-System eine große Rolle. Ein LaSiVerMob-Pilotprojekt ist von Freienwill nach Husby, Der Bus kommt nur, wenn er gerufen wird und nicht starr auf einer Strecke, sondern auch mal 2 Km links oder rechts , um jemanden abzuholen. Hierzu gehört auch Digitalisierung und Lesbarkeit von Fahrplänen. Mitfinanziert werden die Mobilitätszentralen in Flensburg und Schleswig für persönliche Auskünfte. Das Bürgerbus-System erfordert ehrenamtliche Busfahrer. Ladelund hat hiervon ca. 30. Der Kreis gibt eine Anschub-Finanzierung. Für Barriere freie Haltestellen stehen 500.000 € zur Verfügung, die bisher von den Gemeinden noch nicht abgerufen worden sind.

**FDP 0: 38:20** ...ÖPNV wird seit Jahren diskutiert. Es muss eine bessere Taktung und auch eine Aufstockung von Buslinien geben. Das muss aber auch alles bezahlt werden. Bürgerbusse und Sammeltaxis können Lösungen für einzelne Bereiche sein. Es kann aber nicht sein, dass staatliche Daseinsvorsorge auf das Ehrenamt abgewälzt wird. Mittel- bis langfristig wird es Lösungen geben, Das ist das autonome Fahren, d.h. Bus oder Taxi ohne Fahrer. Man kann sich selbst ein solches Fahrzeug anschaffen oder mieten. Ostholstein ist Modellregion hierfür.

**B90 / Grüne** 0:42:20 ...Der ÖPNV ist zu favorisieren, insbesondere mit Bussen mit schadstoffarmem Antrieb. Bei den vorhandenen Mitteln wird es immer nur Kompromisse geben. Projekte auf gemeindlicher Ebene müssen gefördert werden, wo der öffentliche Verkehr nicht leisten kann. Hierzu gehören Bürgerbus, Car Sharing oder Mitfahrbank. Allerdings ergaben Umfragen, dass 2/3 trotzdem mit dem eigenen Auto fahren würden. Eine digitale Vernetzungsmöglichkeit auf gemeindlicher Ebene sollte gefördert werden.

**Freie Wähler** 0:45:30 ...Es wäre sinnvoll große teure Busse gegen kleinere Einheiten auszutauschen, die dort eingesetzt werden wenn kein großer Bedarf besteht. Zusätzlich sollten Taxi-Unternehmen eingebunden werden, die vorher gekaufte Fahrscheine annehmen. Die Differenz wird dann von der Gemeinde ausgeglichen. Eine solche Lösung ist schneller zu realisieren, als die Busstruktur umzukrempeln. Es gibt bereits heute Taxiunternehmen mit Kleinbussen, die dieses System anwenden könnten. Es gibt auch Beispiele für eine Mitfahrerzentrale in Freiburg/Brsg.

### **Bgm. Stoltmann**

0:51:20 ...Mobilität setzt voraus, dass Kreisstraßen und Landesstraßen in Ordnung sind. Viele sind nicht mehr mobil. Hier fahren Nachbarn oder Kinder mal zum Einkaufen. Sie möchten aber auch einmal selber einkaufen und die Angebote sehen. Man kann nicht alle Ideen umsetzen aber beispielsweise ein reduzierter Fahrpreis für Senioren wäre eine machbare Lösung.

### **Thomas Jepsen**

Zum Thema Barriere-Freiheit: Die Idee kommt nicht vom Land oder vom Bund sondern ist eine Vorgabe der Vereinten Nationen. Hier ist die Kommune in der Pflicht diese herzustellen. Barriere-Freiheit heißt, dass der Bordstein nicht 13 oder 14 cm hoch sein darf, sondern mindestens 15 cm und dass die Rampe gepflastert sein muss. Da dieses in der Verantwortung der Gemeinde liegt, kann der Kreis nur Geld dazu geben. Bei der Vergabe der Linien-Lizenzen kann der Kreis nur auf den Einsatz von Niederflur-Bussen und auf Flexibilität des Anbieters achten. Dieses ist aber nur bei stark frequentierten Linien möglich.

### **Aus dem Publikum**

0:57:10 ...Auf dem Podium wurde nur über den ÖPNV gesprochen. Dass aktive Senioren auch gute Fahrrad- und Fußwege brauchen, wurde überhaupt nicht erwähnt.

SPD: In dem Wahlprogramm steht auch Stärkung und Ausbau von Fahrradwegen. Hervorzuheben ist das Thema Elektro-Mobilität. Zur Stärkung dieses Bereiches ist eine gute Infrastruktur von Ladestationen erforderlich.

Es ist befremdlich, dass es nur in Kiel und in Schleswig Seniorentickets gibt.

Für die Installation einer Mitfahrbank an der Kreisstraße in Kappeln gab es keine Genehmigung.

CDU: Bisher nicht bekannt geworden, dass das von der Kreisverwaltung blockiert wird. Es ist sogar die Mitfahrbank im Mobilitätskonzept aufgenommen.

Die Linke: Das Konzept Sammeltaxi ist bereits eine gängige Lösung. Der Ausbau und Erneuerung der Radwege steht im Programm. Hierbei wird auch der Blick auf den Tourismus gerichtet.

1:03:50 Frage an die SPD: Warum wird der ÖPNV nicht mit dem Zugverkehr abgestimmt wird.  
SPD: Ist so nicht zu erklären, Zuständigkeit liegt beim Kreis, das Anpassen der Bustakte an die Bahn müsste möglich sein.

1:05:30 Frage: Ist im Kreis ein „Mobilitätsticket“ im Gespräch oder in der Planung. Dieses könnte mit einer Begrenzung auf einen Personenkreis, ähnlich wie beim Schwerbehinderten-Ausweis, bezogen auf gesundheitliche oder finanzielle Situation des Antragstellers, relativ einfach umgesetzt werden. Hierbei könnte eine prozentuale Beteiligung der „Öffentlichen Hand“ an den Fahrkosten im Taxi oder eine kostenlose Beförderung im ÖPNV erfolgen.

SPD: Diese Anforderung findet nicht nur im regionalen Bereich statt. Auf Bundesebene ist im Koalitionsvertrag vorgesehen, den ÖPNV günstiger bzw. kostenfrei zu gestalten. Z.Zt wird auf Bundes- und Landesebene über das Bundesteilhabegesetz diskutiert. In diesem Gesetz stecken viele Möglichkeiten, vor Ort Teilhabe zu organisieren.

1:08:15 ...Kommentar aus dem Publikum: Es gab vor Jahren ein Angebot in Sörup für junge Leute, abends zur Disco und nachts wieder zurück zu kommen. Dieses Angebot ist nach einiger Zeit mangels Inanspruchnahme wieder eingeschlafen. Ein Beispiel aus dem Umfeld: Es gibt einen 90-jährigen, der ruft solange bei seinen Nachbarn an, bis er einen findet, der ihn fährt. Alle anderen können fahren! Ein anderer Fall: Ein Bewohner hat sich geäußert, dass er auf jeden Fall sein Auto für Nachbarn zur Verfügung stellen wird, die zum Arzt oder nach Flensburg müssen. Auf Nachfrage nach der Zahl der Anrufe: 0. Es ist dies ein Zeichen, dass Ältere schon Wege finden – zum Kaufmann kommen sie auch. Eine Lösung mit dem Taxi scheint jedoch sehr praktikabel zu sein.

1:12.50 ...Für viele Ältere ist der Fahrpreis für den Bus schon zu hoch. Viele würden schon gern nach Flensburg fahren, können sich das aber nicht leisten.

**CDU** 1:15:00: ...Man kann natürlich viel fordern, es muss aber alles auch bezahlbar sein. Man kann natürlich durch viele Dörfer eine Schleife fahren – man ist dann aber nicht mehr in 1 Stunde von Flensburg nach Kappeln unterwegs. 10 x 4 Minuten Fahrzeitverlängerung würden 40 Minuten mehr Fahrzeit bedeuten. Es stellt sich die Frage: Soll der Staat kostenlosen ÖPNV leisten, egal für welche Personengruppe? Wer nicht mehr selbständig mobil ist, dem soll geholfen werden. Es läuft z.Zt. ein Busprojekt mit einer Linie von Freienwill über Hürup nach Husby. Wenn sich das bewährt könnte die Linie weitergeführt werden über Grundhof nach Langballig und sogar weiter nach Langballigau. Es ist eine ganz schwierige Aufgabe für den Staat, das zu koordinieren. Es wird sich darum gekümmert. Wir sind für jede Anregung dankbar. Bei der Neuausschreibung jetzt werden 200.000 € bei mehr Fahrleistung eingespart.

**Die Linke** 1:17:40: ...Der Staat hat dafür zu sorgen, dass die Grundversorgung der Bürger sicher gestellt ist. Zur Grundversorgung der Bürger gehört auch Mobilität. Da kann man nicht sagen, „das ist zu teuer“. Die Einsparung betrifft den Schülerverkehr, hier geht es aber um Mobilität für Ältere. Im Kreis sollen 4-5 Mio Euro angespart werden. Es geht aber nicht um eine Lösung in 5 Jahren sondern für heute. Es geht um die Grundversorgung für heute im Rahmen der Möglichkeiten.

Frage 1:19:15 .....Warum ist der Fahrpreis mit der Bahn von Sörup nach Kiel günstiger als mit dem Bus nach Flensburg?

**CDU**: 1:19:35 .....Schienen-PNV ist Aufgabe des Landes. Die Busse fahren nach VSF-Tarif. Es ist nicht verständlich, dass man für kurze Strecken mehr zahlt als für lange Strecken.

1:20:30 ...Der Diskussionspunkt „Mobilität“ wurde vom Diskussionsleiter Timm Heinrich anbeachtet des Zeitablaufs unterbrochen. Es geht weiter mit dem Thema „Wohnen im Alter“.

## **Bezahlbares Wohnen im Alter**

1:20:50 ...Einleitende Bemerkungen

Wegen des demografischen Wandels wird sehr wahrscheinlich die Altersarmut weiter zunehmen, insbesondere durch Rentenabsenkung, Niedriglöhnen, Teilzeit-Jobs usw. Dadurch wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden, auch dadurch, dass sich der Staat bereits seit 2006 aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen hat. Auch stetig steigende Nebenkosten führen dazu, dass Wohnen für Personen mit geringem Einkommen zum Luxus wird. Für Jüngere ist zwar viel geregelt aber für Senioren nicht. Es wäre sinnvoll, dass auch für ältere Generationen gesetzliche Rahmenbedingungen für bezahlbaren und Barriere freien Wohnraum geschaffen würden.

Frage: Wie definieren Sie „bezahlbaren Wohnraum“ und wann wird dieser ausreichend verfügbar sein? Was können Sie dazu beitragen, dass diese Probleme behoben werden?

**CDU:** 1:22:30 .... Die planerische Funktion liegt bei den Kommunen. Der Kreis kann nur koordinieren. Aktuell läuft das Pilot-Projekt „LaSiVerMob“ in dem Ankerorte definiert werden. Wo sollen Siedlungsschwerpunkte für Senioren sein? Sollen die in Orten mit ausreichender Versorgung sein? Der Kreis kann die Gemeinden nur im planerischen Ansatz begleiten. Dass Gemeinden auf dem Land selbst Wohnraum bauen sollen, gab es in der Vergangenheit noch nie. Wohnraum sollte nur privatwirtschaftlich erstellt werden. Vom Staat gibt es Zuschüsse für energetisches Bauen und es wäre sinnvoll Zuschüsse für Senioren gerechtes Bauen zu geben. Bezahlbares Wohnen trifft jedoch alle Familien, auch jüngere. Das wäre Aufgabe für Bund und Land.

**FDP:** 1:26:00 ....Das Thema „Wohnen im Alter“ betrifft mehr die Kommunalpolitik oder die Bundespolitik. Ziel der FDP ist, dass jeder so lange wie möglich in seinen eigenen vier Wänden leben kann. Auch sollte es ein Ziel sein, dass jeder Wohneigentum oder ein Haus erwerben kann. Das schützt am besten vor Altersarmut. Z. Zt. Ist eine Niedrigzins-Phase – es ist also genügend Kapital da. Es wird aber zu wenig gebaut. Das liegt hauptsächlich daran, dass eine falsche und ideologisierte Debatte geführt wird. Die Mietpreisbremse ist ein völlig nutzloses Instrument. Wie kann das Bauen attraktiver gemacht werden? Die FDP vertritt die Auffassung, dass die Mietpreisbremse weg muss und dass es bessere Abschreibungsmöglichkeiten geben muss. Dann muss die Regionalplanung flexibilisiert werden. Gemeinden, die wachsen wollen müssen auch wachsen können. Es muss Wohnraum für alle geschaffen werden, nicht nur im sozialen Wohnungsbau. Dann muss die Grunderwerbssteuer gesenkt werden. Es gibt Förderprogramme für Wohnen im Alter, für Wohnen mit Service-Leistungen und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

**B90 / Grüne:** 1:30:45 ....Wir sehen heute die Folgen der marktwirtschaftlichen Ideologie. Dort, wo es um existentielle Fragen geht sollte es nicht dem Markt überlassen bleiben. Die Gemeinden weisen kaum Baugebiete aus für mehrgeschossigen Wohnungsbau. Die Gemeinden haben es in der Hand, wenn sie die Bauplanung machen.

**Freie Wähler:** 1:33:30 ....Der Kreis kann nur durch Planungs-Unterstützung oder Planungsrecht die Möglichkeit schaffen, dass gebaut wird und dass Flächen für Mietbau ausgewiesen werden. Die Initiativen müssen vom Bund oder Land kommen.

**SPD:** 1:36:30 ....Der Staat soll die Senioren dabei unterstützen, wie und wo sie leben möchten. Wenn man im Alter aus den eigenen vier Wänden heraus muss, weil es an Barriere-Freiheit fehlt oder weil das eigenen Haus zu teuer geworden ist, und man daher aus dem sozialen Umfeld herausgerissen wird, weil es keinen bezahlbaren Wohnraum gibt, sollten Gemeinden unterstützt werden, die kleinen, bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen. Da kann auf Kreis- oder Landesebene erfolgen. Die SPD unterstützt Initiativen, die kreative Wohnformen anbieten, wie gemeinsames Generationen übergreifendes Wohnen. Es wird mehr sozialer Wohnungsbau benötigt.

**SSW:** 1:40:00 ....Sozialer Wohnungsbau gehört nicht in die Privatwirtschaft sondern in die Hans des Staates.

**Die Linke:** 1:43:15 ....Die Linke ist für dezentrales Wohnen, und favorisiert den sozialen Wohnungsbau durch Kreis und die Gemeinden.

**BfB:** 1:46:40 .... Verzichtet darauf, zu diesem Thema zusätzliches zu sagen. Es ist schon alles angesprochen worden.

**Frage:** Wie kann ein Rentner auf dem Land eine bezahlbare Wohnung finden. 9 – 10 € pro qm ist für ihn nicht bezahlbar. Was ist gegen teuren Wohnraum zu tun?

**Stoltmann:** 1:48:00 ...Alles Vorgebrachte macht betroffen. Fast alles ist richtig. Es scheitert in der Praxis an den vorhandenen Gesetzen und Bestimmungen, die den Kommunen auferlegt sind, auch für den sozialen Wohnungsbau. Will eine Kommune eine Gesellschaft gründen, so gibt es das Beihilferecht, Vergaberecht, Kommunalaufsicht, alles Hürden, die es der Kommune schwer machen. Die Landesbauordnung und das Baugesetzbuch verhindern, dass selbst in zentralen Orten, wie Sörup, Ein- oder Mehrgeschossig gebaut werden kann. Anforderungen, wie Lärmschutzwall oder biologisches Gutachten für Biotope verhindern, dass gebaut werden kann. Eine Bitte an die Kreistagsabgeordneten: Sorgt für eine Änderung der Landesbauordnung, des Baugesetzbuches und des Vergaberechts der EU.

**Frage** zum Gesetz für Straßenausbaubeiträge: Warum werden die Straßenausbaubeiträge nicht abgeschafft?

**SPD:** 1:53:50 ....Das Gesetz zu den Straßenausbaubeiträgen kommt vom Land. Anlass war die Konkurrenzsituation der Kommunen. Vor der letzten Landtagswahl hieß es von der CDU, dass die Beiträge abgeschafft werden. Nach der Wahl wurde entschieden, dass jede Kommune selbst über diese Beiträge entscheiden kann.

#### **Zur Frage des sozialen Wohnungsbaus:**

**CDU:** 1:58:55 ....Sozialer Wohnungsbau soll stattfinden. Die Frage aber ist, wer das machen soll. In der Vergangenheit hatten die Städte Sozialwohnungsobjekte, die jedoch verkauft wurden. Im ländlichen Raum war das aber auch damals nicht vorhanden. Wenn der Bürgermeister von Sörup die Bereitschaft erklärt, sozialen Wohnraum schaffen zu wollen, zeigt dieses, dass zumindest in Zentralorten eine Bereitschaft vorhanden ist. Der Grund für teuren Wohnraum liegt auch an der Bürokratie. Es wurde schon einmal versucht, das Bundesbaurecht zu vereinfachen. Jedoch wurde durch den Einfluss der Architekten das Baurecht komplizierter. Ebenfalls trägt das Planungsrecht zur Verteuerung bei. Senioren, die ihr Haus verkauft haben ziehen vielfach in kleinere Wohneinheiten. Es gibt zu wenig sozialen Wohnraum. Bei einem größeren Angebot wären die Mietpreise auch



günstiger. Es gibt Beispiele in Steinbergkirche oder Satrup. Dort sind Reihenhäuser mit kleinen Wohneinheiten gebaut worden, die sehr bezahlbar sind.

Einwurf aus dem Publikum: 2:02:00 ...Diese Wohnungen in Steinberkirche sind für einen Rentner nicht bezahlbar. Es handelt sich hierbei um Seniorenwohnungen. Bei den Mietern handelt es sich um Personen, die ihr Haus verkauft haben. Wo bleiben die, die in Wohnungen gewohnt haben und kein Haus zu verkaufen hatten?

### **Block 3 , Fragesteller Harald Krabbenhöft**

## **Gesundheit**

Harald Krabbenhöft gibt einen Überblick über die Situation der ärztlichen Versorgung im Landbereich. Frage: Gibt es Ansätze im Kreis, diese Problematik für die Landbevölkerung zu verbessern?

**SPD:** 2:07:50 ...Was im Kreis benötigt wird und was im Kreis geregelt werden könnte, und was die SPD seit langem fordert, ist ein Träger unabhängiger Pflegestützpunkt. Wer in die Situation kommt, Pflege abhängig zu werden hat keine unabhängige Beratungsstelle. Der Kreis Schleswig-Flensburg ist der einzige Kreis in Schleswig-Holstein, der noch keinen Träger unabhängigen Pflegestützpunkt hat. Das Land hatte bereits Mittel zur Verfügung gestellt, jedoch wurde diese Frage bisher im Kreistag nicht entschieden. Die Lösung, dem Ärztemangel zu begegnen wäre, dass in größeren Orten im Kreis Praxisräume eingerichtet werden, um dann ein- oder zweimal in der Woche eine ärztliche Versorgung anzubieten. Eine weitere Möglichkeit bietet die Telemedizin. Hierzu ist es notwendig, die Breitband-Versorgung zügig auszubauen.

**SSW:** 2:12:40 ...Beklagt, dass Besuche beim Facharzt erst über den Hausarzt möglich sind. Ziel sollte sein, dass der Hausarzt mobil ist und mehr Zeit für Hausbesuche in der Fläche hat. Hierauf sollte die Politik hinwirken.

**Die Linke:** 2:16:00 ...Es muss gesamtheitlich gedacht werden. Es ist ein Antrag im Kreistag gestellt, Der Kreistag möge prüfen, wie weit er sich am Krankenhaus in Flensburg beteiligen kann. Zur Vorsorge gehört auch die Frage zum Sport insbesondere Seniorensport. Der Kreis müsste die Sportverbände bezuschussen und könnte zur Bedingung machen, dass auch Seniorensport angeboten werden muss.

**BfB:** 2:20:00 ...Der Bedarf an ärztlicher Grundversorgung auf dem Lande wird bei zunehmender Alterung der Gesellschaft zunehmen. Es muss jetzt etwas getan werden, um die Grundversorgung in Zukunft sicher zu stellen.

**CDU:** 2:20:50 ...Ärztliche Versorgung ist ein schwieriges Thema für die Kommunalpolitik. Letztendlich ist für dieses Thema die Kassenärztliche Vereinigung zuständig. Die Kommunen wollen Daseinsvorsorge betreiben und die Orte attraktiv machen, damit sich auch Ärzte niederlassen wollen. Jedoch ist das in diesem Fall die Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Kommunen müssen Anreize schaffen und Subventionen für Arztpraxen anbieten, damit die Ärzte überhaupt hierher kommen. Ein weiterer Weg wäre, eigene medizinische Versorgungszentren zu bauen. Ein weiterer Punkt ist es, Apotheken-Standorte zu schaffen. Apotheken sind genauso wichtig wie eine Arztpraxis. Neben der hausärztlichen Versorgung ist auch die fachärztliche Versorgung ein Aspekt.

Eine Beteiligung des Kreises an der Krankenhaus-Finanzierung ist nicht einzusehen. Dieses ist Aufgabe der Krankenkassen. Die Kreise und Kreisfreien Städte zahlen schon heute in einen Krankenhaus-Fond ein und sind damit indirekt an der Krankenhaus-Finanzierung beteiligt.

**FDP:** 2:25:08 ...Hauptgrund für die Schwierigkeiten, Ärzte für den ländlichen Bereich zu finden ist, dass sie lieber angestellt sein wollen. Sie gehen lieber in die Industrie oder in die Forschung, weil dort besser verdient werden kann. Eine weitere Maßnahme ist, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen. Bei der Telemedizin wird es vorrangig darum gehen, dass beim Besuch des Hausarztes ein Facharzt hinzugezogen werden kann. Eine Möglichkeit zur Erstellung von Ärztezentren in größeren Kommunen wäre, dass die Kassenärztliche Vereinigung diese betreiben und die Ärztinnen und Ärzte als Angestellte eingesetzt. Die Erweiterung von Hausbesuchen wäre kontraproduktiv. Der Arzt soll seine Zeit lieber zur Behandlung von Patienten in der Praxis einsetzen. Wechselnde Praxiszeiten in kommunalen Praxisräumen wären auch eine Lösung. Die Hinzuziehung von Fachärzten durch Telemedizin durch den aktiv behandelnden Hausarzt wäre sicher eine sinnvolle Entwicklung. Im Bereich des Rettungsdienstes muss erreicht werden, dass die vorgesehenen Rettungszeiten im Kreis eingehalten werden. Hierbei stellt der Fachkräftemangel eine große Rolle. Dieses Thema muss im Kreistag aktuell behandelt werden.

**Grüne:** 2:30:26 ....In unserem Gesundheitssystem gibt es zu viele Punkte, durch die falsche Anreize gesetzt werden. Herr Wittenhorst berichtet über verschiedene Beispiele von Ungereimtheiten in unserem Gesundheitssystem, über die er aus eigenem Erleben berichtet. Das Geld wird vielfach an der falschen Stelle ausgegeben. Das ist jedoch in der Kommunalpolitik nicht zu ändern. Die Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, liegt in der Zuständigkeit der kassenärztlichen Vereinigung.

Freie Wähler: 02:35:52 ....Das Thema ist nicht Krankheit sondern Gesundheit. Wie steht es mit der Gesundheitsvorsorge? Es gibt eine Anzahl von Berufen, die in die Gesundheitsvorsorge eingebunden werden könnten, z.B. die Heilpraktiker.

#### **Block 4 , Fragesteller H. E. Mangelsen**

### **Rente**

Zu seinen Fragen macht Herr Mangelsen einige Vorbemerkungen:

Es gibt immer weniger junge Leute, die bereit sind, sich selbständig zu machen. Es gibt eine große Anzahl von Betrieben in Schleswig-Holstein, die keine Nachfolger haben. Woran liegt das? Bürokratie und das wirtschaftliche Risiko sind die wesentlichen Gründe, und wenn es an die Erträge geht, gibt es eine Vielzahl von Vorschriften.

Nun zur Frage: Vor 30 Jahren wurde die Rentenbemessung am „Durchschnittsbürger“ orientiert. Langsam hat sich dieser Maßstab nach oben verlagert. Chancengleichheit, Abbau von Wettbewerbsverzerrung und Entbürokratisierung sind in der Politik untergegangen. Im Ergebnis sind immer mehr Menschen auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Die Zahl dieser Menschen wird im Zuge von Globalisierung und Digitalisierung weiter zunehmen. Den heutigen Rentnern und ins Rentenalter kommenden bleibt nur, auf staatliche Leistungen zu hoffen. Den Jüngeren wird empfohlen, aus versteuertem Nettoeinkommen Vorsorge zu betreiben. Die Leistungen hieraus werden zur Sozialversicherung und Einkommensteuer herangezogen. Vor diesem Hintergrund und durch niedriges Nettoeinkommen wird immer weniger an Vorsorge durchgeführt. Was kann getan

werden, dass die heutigen und zukünftigen Rentner weiterhin gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen können?

**BfB:** 2:42:23 ....Zum Thema Rente ist in der Kommunalpolitik nicht viel zu sagen, da dieses ein Thema für die Bundespolitik ist.

**Die Linke:** 2:42:50 ....Rente hat auch etwas zu tun mit dem Thema Altersarmut. Das ist nicht nur eine finanzielle Frage, sondern hat auch mit dem Zugang zu Bildung und Kultur zu tun. Daraus ergibt sich die Forderung, dass Bildung und Kultur im Alter kostenfrei sein muss, bzw. abhängig von der persönlichen Lage gewährt werden muss. Erforderlich ist eine Grundrente, von der man leben kann, in der heutigen Bewertung müsste diese bei etwa 1.200 € liegen.

**SSW:** 2:44:37 ....Die 1,9 % Rentensteigerung sind ein Schlag ins Gesicht der Rentner, verglichen mit Lohnsteigerungen, Gehaltssteigerungen oder Diätensteigerungen ist das diskriminierend. Die Altersarmut ist hausgemacht. Es ist auf diesem Gebiet unbedingt eine Reform nötig.

**SPD:** 2:47:54 ....Trotz eines sehr hohen Sozialstandard und trotzdem wächst die Altersarmut. Wir erleben gerade, dass gerade diejenigen betroffen sind, die unser Land aufgebaut haben. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Rentenhöhe von 48 % reicht bei dem heutigen Mindestlohn nicht für eine auskömmliche Rente. Dazu müssen die Mindestlöhne spürbar erhöht werden. Insbesondere die Tatsache, dass die weiblichen Berufe deutlich schlechter bezahlt werden als die männlichen Berufe führt zur Altersarmut insbesondere für Frauen.

**CDU:** 2:51:15 ...Thomas Jepsen wirft ein, dass die Regelungen für die Rente durch die Bundespolitik erfolgen. Im kommunalen Bereich kann nichts erfolgen, da kann nur der Druck nach oben weitergegeben werden. Leider gibt es unter den Rentnern immer mehr, die nur eine kleine Rente beziehen. Der Kreis gibt 13 Mio. € jährlich für Grundsicherung aus. Etwa  $\frac{3}{4}$  der Grundsicherungsbezieher leben zu Hause von einer Rente die nicht ausreicht, Lebensunterhalt und Miete zu bezahlen. Für die Zeit ab 2030 ist nicht abzusehen, wie es mit der Rente weitergeht. Eine weitere Erhöhung der steuerfinanzierten Rentenzuschüsse ist unumgänglich.

**FDP:** 2:54:31 ....Unsere Rentenversicherung muss sich an den demografischen Wandel anpassen. Die FDP macht sich dafür stark, dass es ein flexibles Renteneintrittsalter gibt.

**Grüne:** 2:55:30 ....Der ursprüngliche Generationenvertrag ist in der jetzigen Form nicht zu halten. Es muss über Formen des bedingungslosen Grundeinkommens gesprochen werden.

**Freie Wähler:** 2:58:25 ....Die hier aufgeworfenen Fragen sind im wesentlichen von zwei oder drei Parteien zu vertreten. Es stellt sich die Frage, wie zufrieden die Vertreter dieser Parteien mit den Antworten sind. Wo kommt denn diese Armut, die beklagt wird, her? Wir als kleine Partei beschränken uns auf die Fragen, die über die Kreispolitik zu beantworten sind, wie Taxi auf Fahrkarten-Kosten-Niveau. Das wäre keine große Sache, könnte aber manches Mobilitäts-Problem lösen. Auf diese Weise könnte das Problem der ärztlichen Versorgung in Verbindung mit Koordinationsstellen gelöst werden. Beim sozialen Wohnungsbau könnte der Kreis durch Schaffung von geeigneten Voraussetzungen für Baumaßnahmen durch Investoren für ein Angebot von kostengünstigen Wohnungen sorgen. Für die weiter gehenden Fragen sind entweder das Land oder der Bund zuständig. Im kulturellen Bereich sollten Fördermittel für kulturelle Veranstalter verfügbar sein, um Menschen mit geringem Einkommen eine Teilhabe zu ermöglichen.

3:03:00 ....Auf die Frage aus dem Publikum, wie eine 40-jährige Tätigkeit zum Mindestlohn zu einer Rente von 900 € führen soll; denn die Rente aus einer solch vergleichbaren Tätigkeit liegt heute erheblich niedriger.

**SPD:** 3:03:37 ....Wenn über Rente und ihre Finanzierung gesprochen wird, so ist eine echte Umverteilung erforderlich zu einer echten Bürgerversicherung, in die alle Berufsgruppen und Beamten einzahlen würden. Es sollten aus allen Einkommensarten, wie Arbeit, Mieten, Einkommen aus Selbständigkeit, Zinseinnahmen und öffentliche Bezüge in die Sozialversicherungssysteme einzahlen. Dieses gilt ebenfalls für die Pflegeversicherung.

3:05:47 ...Aus dem Publikum: Die Sozialversicherungssysteme könnten kurzfristig erheblich höhere Einnahmen erzielen, wenn die Beitragsbemessungsgrenze wegfallen würde.

3:06:56 Auf die Frage, wieweit die Pensionen analog zu den Renten abgesenkt würden, beendete der Diskussionsleiter Timm Heinrich den Dialog mit der Begründung, dass dieses Thema heute Abend nicht durch zu diskutieren wäre.

3:07:08 ...Eine weitere Stimme: Das System der Beamten wäre lediglich im Bereich der Justiz und Polizei erforderlich. Alle weiteren öffentlichen Tätigkeiten könnten im allgemeinen System durchgeführt werden.

#### **3:08:42 Abschlussfrage von Timm Heinrich:**

Sie wissen aus den Zeitungen usw., dass wir gerne im Kreis Schleswig-Flensburg einen Seniorenbeirat hätten. Im Land Schleswig-Holstein gibt es 8 Kreise, die einen Kreissenorenbeirat haben. Ich möchte die anwesenden Politiker um Unterstützung bitten, dass wir auch hier bei uns im Kreis so etwas installieren können. Das wäre eine ganz tolle Geschichte. Wir bräuchten nicht mehr Anträge stellen, wie auch immer, auf Zuschüsse, wo Sie sich manchmal schwer tun, manchmal nicht. Bei so vielen Senioren in unserem Kreis, bis zu 65.000 haben wir, steht es uns gut zu Gesicht, dass wir einen Kreissenorenbeirat bekommen. Ich möchte darum bitten, damit wir nicht aneinander vorbei reden, dass wir einen „Runden Tisch“ machen um zu sagen, was wir gerne hätten und warum Sie dagegen sind. Es wurde schon mehrfach gesagt, dass dann die „Trittbrettfahrer“ kommen, die dann auch einen Kreisbeirat haben möchten. In anderen Kreisen ist das nicht so. Nun zu den Kosten: Die 8 Kreissenorenbeiräte haben durchschnittliche Kosten in Höhe von etwa 4.000 bis 4200 € im Jahr. Bei einem Jahresetat des Kreises von 300 Mio. € sind 4.000 € verschwindend wenig.

**Nun frage ich Sie hier im Saal, wer ist dafür, dass wir solch einen Seniorenbeirat im Kreis Schleswig-Flensburg bekommen, wer dafür ist, möchte bitte die Hand heben.**

Der anwesenden Politiker gaben ihre Zustimmung durch Handzeichen

Thomas Jepsen, (CDU) möchte zu dem Thema noch etwas sagen. Es bekommen noch alle Politiker die Gelegenheit, sich hierzu zu äußern.

3:15:35 ....Thomas Jepsen (CDU) findet es verwunderlich, wenn heute hier im Saal alle Hände hochgehen. Vor zwei Jahren gab es im Kreistag einen Antrag für einen Kreissenorenbeirat. Von 52 Abgeordneten gab es nur zwei JA-Stimmen. Die eine: Von 6 Grünen war es eine und von den Linken auch eine Stimme. Alle anderen stimmten mit NEIN. Thomas Jepsen persönlich hat nichts gegen Seniorenbeiräte auf kommunaler Ebene. Auf Kreisebene haben wir jedoch eine andere Regelung. Im Kreistag haben wir eine Arbeitsgemeinschaft.

Ein Beirat hat im Wesentlichen zwei Funktionen: Beteiligung und Nutzung von externem Sachverstand. Die Arbeitsgemeinschaft wird zu allen Ausschuss-Sitzungen eingeladen und bekommt alle Unterlagen zugesendet. In der Geschäftsordnung des Kreistages ist es so geregelt: Wünsche der Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte, die auch spontan geäußert werden können, sind vom Ausschussvorsitzenden wie Anträge zu behandeln. Im Werkausschuss wurde das Thema Barrierefreiheit im ÖPNV ausführlich behandelt. Es befinden sich 500.000 € im Topf. Es ist nicht ein Wort von der Arbeitsgemeinschaft dazu gekommen. Die Möglichkeiten sind da. Ein Beirat hat keine anderen Möglichkeiten. In den letzten fünf Jahren hat es keinen Antrag gegeben, außer, dass es mehr Geld geben soll. Es hat keinen Antrag gegeben zum Thema seniorengerechtes Wohnen, keinen zum Thema Mobilität, zu nichts, was heute hier besprochen worden ist. Die Kompetenz in der Kreisverwaltung ist sehr bemüht. Das Thema Seniorenpolitik ist sehr präsent. Alle, die hier sind, wissen woran gearbeitet werden muss. Ein Beirat bringt die Seniorenpolitik nicht großartig weiter.

3:20:15 ...Einwurf von Frau Irmgard Bock (ArGe): Die ArGe ist nur das Hilfsmittel und ist nur deshalb gegründet worden, weil der Kreis keinen Kreisbeirat wollte. Der Beirat wird angestrebt, um den gleichen Rechtsstatus zu erhalten, wie ihn die anderen Kreisbeiräte im Land haben.

Herr Jepsen wird den Gedanken so mitnehmen, sieht aber Keinen Vorteil in der Bildung eines Kreissenorenbeirates.

3:20:40 ...Frage von Werner Barz (ArGe): Es geht mit dieser Abstimmung nicht gegen den Kreis. Es geht darum, dass die Seniorenbeiräte eine stärkere Unterstützung durch den Kreis erreichen wollen. Es wurde bei den anderen Kreissenorenbeiräten ein Jahresbudget von ca. 4.000 € ermittelt. Die ArGe erhält nach der erst jetzt erfolgten Erhöhung des Zuschusses 900 €. Für eine effektive Seniorenarbeit reicht dieser Betrag nicht, um Kosten für Fahrten, Versammlungen und Öffentlichkeitsarbeit zu bestreiten.

3:22:30 ...Birte Pauls (SPD): Spricht nicht für die Fraktion, weil diese bei der Kreistags-Abstimmung anders gestimmt hat. Die Dinge entwickeln sich. Eine größer werdende Anzahl von Älteren, die sich einbringen erwarten eine institutionelle Organisation, die nicht nur eine finanzielle Unterstützung benötigt, sondern verpflichtend zu beteiligen ist. Frau Pauls kündigt an, in Ihrer Fraktion für die Einrichtung eines Kreissenorenbeirates zu werben.

3:24:00 ...Lars Johnsen (FDP): Einen Beirat um des Beirats willen einzurichten, macht keinen Sinn. Einen „Runden Tisch“ durchzuführen, um die Anliegen und Mitwirkungs-Möglichkeiten der ArGe zu klären, wird begrüßt mit der Bereitschaft zur Teilnahme hieran.

3:25:30 ...Manfred Küter (Die Linke): Im Parteiprogramm steht, dass sich die Linke im nächsten Parteitag um dieses Thema kümmern wird.

3:26:45 ... Klaus Wagner (Freie Wähler): In der Fraktion der Freien Wähler waren einige für einen Kreissenorenbeirat und einige dagegen. Bei der Abstimmung haben wir dagegen gestimmt. Wenn Herr Heinrich in der Politik mitmischen will, sollte er doch zu den Freien Wählern kommen, weil es in einer kleinen Partei leichter ist, einen Sitz zu ergattern als bei einer großen Partei. Heute wäre es sinnvoll, einen solchen Sitz für den Beirat wahrzunehmen.

3:27:58 ...Christian Andresen (SSW): In Kappeln ist ein Seniorenbeirat installiert, der hervorragend funktioniert. Der nimmt auch alle Themen wahr und wird gehört. Gleiches wird für den Kreistag gewünscht. Er würde zustimmen; denn ein Kreissenorenbeirat hat ganz andere Wege zurückzulegen als ein Ortssenorenbeirat. Dass hier andere Kosten entstehen, die abgedeckt werden müssen, ist als

sinnvoll und vernünftig anzusehen. Herr Andresen wird es in seiner Fraktion unterstützen, dass dieses Instrument kommt. Natürlich entstehen dort auch Pflichten für den Seniorenbeirat, die sicherlich auch gerne übernommen werden.

3:29:02 .... Peter Wittenhorst (**Grüne**): Herr Wittenhorst sieht es genauso wie Thomas Jepsen (CDU), dass die Kreisordnung vorsieht, dass die Arbeitsgemeinschaft als ständiger Gast in den Ausschüssen teilnimmt. Als Ausschuss-Vorsitzender hat er stets bemüht, alle Punkte der ArGe aufzunehmen, es wurde nie ein Thema abgewürgt. Es sollen die Dinge nicht vermischt werden. Der Kreis gibt im Rahmen seiner freiwilligen Leistungen einen Zuschuss für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft. Dieser Beitrag war klein und ist immer noch klein. Es gibt jedoch Regeln, an die man sich halten muss. Für Konsolidierungsmittel vom Land bestanden bestimmte Regeln, die einzuhalten waren. Es gibt nicht nur die Senioren, sondern auch andere, die sich für wichtig halten und Mittel beantragt haben. Mit viel Geduld wurde ein Weg gefunden, die Erhöhung auch durchzukriegen. Wenn es jetzt heißt, dass für die Arbeit in der bisherigen Form die Mittel nicht ausreichen, kann man sich darüber verständigen.

Auf gemeindlicher Ebene machen Seniorenbeiräte Sinn, weil sie sich um das unmittelbare Lebensumfeld kümmern. Auf Kreisebene - für die Kreispolitik ist kein Vorteil zu erkennen. Was soll besser werden? Was ändert sich? Es bestehen doch jetzt auch schon alle Möglichkeiten...

Anmerkung aus dem Publikum: Eine ArGe ist juristisch nichts. Sie ist eine Personenvereinigung, die nicht einmal ein Konto bei der Bank einrichten kann!

...bislang hat es noch kein entscheidendes Argument gegeben, das die Feststellung zulässt, dass in der damaligen Abstimmung falsch entschieden wurde.

Werner Barz (**ArGe**) ....Sie möchten keinen Seniorenbeirat, oder wie soll man das verstehen?

Manfred Bohner (**SB Kappeln**) ....Ein Seniorenbeirat ist in Kappeln in der Satzung – im Kreis nur in der Geschäftsordnung, die besagt, dass die ArGe Geld bekommen **kann**, sie **kann** eingeladen werden. In der Satzung von Kappeln steht: Der Seniorenbeirat **muss** eingeladen werden. Das ist ein erheblicher Unterschied!

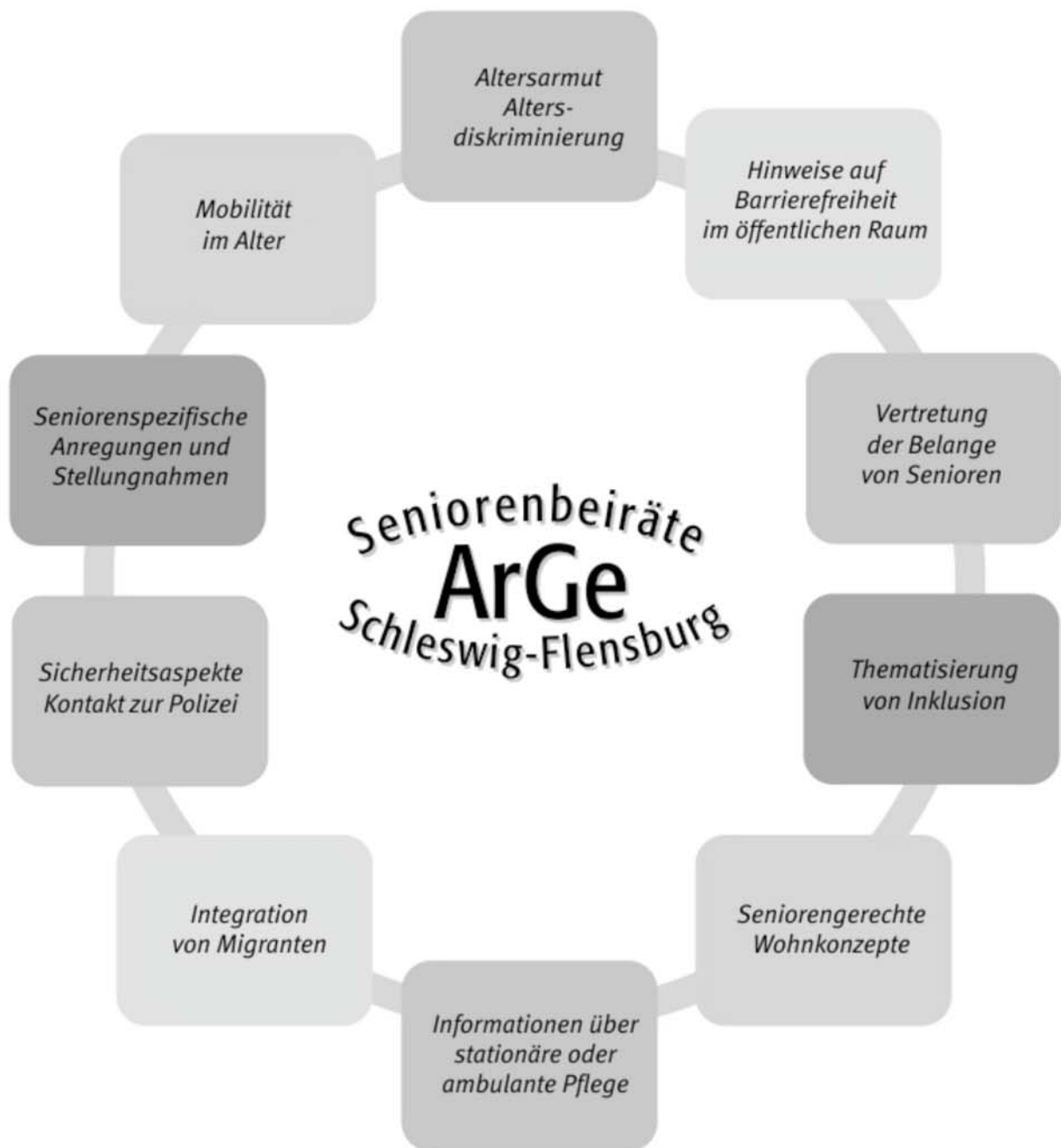
3:33:28 Christian Andresen (**SSW**) ....Der Seniorenbeirat in Flensburg ist eine außerordentlich positive Einrichtung. Auf viele Dinge wären die Ratsmitglieder nicht gekommen, wenn der Seniorenbeirat diese nicht beeinflusst hätte. Es ist unverständlich, warum sich einige Kollegen hier so zieren, aus dem, was in der Geschäftsordnung steht, etwas legales zu machen. Wo ist das Problem? Welche Nachteile entstehen denn, wenn es einen Kreissenorenbeirat gibt, der das Recht hat, teilzunehmen? Es besteht das Gefühl, dass aneinander vorbeigeredet wird.

3:34:42 Timm Heinrich (**ArGe**) ....Angesichts der fortgeschrittenen Zeit sollte die Diskussion, wenn alle einverstanden sind, abgeschlossen werden. Es wäre zu wünschen, dass sich die Möglichkeit ergibt, sich mit Herrn Jepsen und Herrn Wittenhorst an einen Tisch zu setzen, um das Thema Kreissenorenbeirat noch einmal zu erörtern.

3:35:00 **Ende der Versammlung**

© Copyright: Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte im Kreis Schleswig-Flensburg  
Alle Angaben aus dem Protokoll sind sinngemäß wiedergegeben.

# Aufgabenfelder der Seniorenbeiräte



# Seniorenbeiräte ArGe Schleswig-Flensburg

Lfd-Nr.	PLZ	Ort	Bemerkung	Fläche Km <sup>2</sup>	Einwohner	Alter 60+
1.	24852	Eggebek	z.Zt. Nicht besetzt	16,68	2.258	535
2.	24975	Husby		19,32	2.233	529
3.	24376	Kappeln		43,32	8.764	2.077
4.	24848	Kropp		31,94	5.997	1.421
5.	24977	Langballig		15,42	1.547	367
6.	24960	Munkbrarup		13,26	1.118	265
7.	24988	Oeversee/OT Frörup		36,35	3.362	797
8.	24980	Schafflund		19,09	2.446	580
9.	24837	Schleswig		24,30	23.635	5.601
10.	24850	Schuby	z.Zt. Nicht besetzt	23,94	2.531	600
11.	24966	Sörup		44,31	4.289	1.016
12.	24963	Tarp		16,36	5.181	1.228
13.	24997	Wanderup		28,64	2.181	517
14.	24999	Wees		12,74	2.210	524
				Gesamt	67.752	16.057

**Arbeitsgemeinschaft der Seniorenbeiräte  
im Kreis Schleswig-Flensburg**